

Ortlieb, Heinz-Dietrich

Article — Digitized Version

## Das abwegige Feindbild

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Ortlieb, Heinz-Dietrich (1975) : Das abwegige Feindbild, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 55, Iss. 12, pp. 598-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134888>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*



Heinz-Dietrich Ortlieb

## Das abwegige Feindbild

**D**er Bundeswahlkampf hat früh begonnen, nicht etwa, um rechtzeitig deutlich zu machen, wer die besseren Männer und das überzeugendere Programm hat, um den gordischen Knoten verwickelter Krisen- und Reformprobleme zu lösen. Nach altem homerischen Vorbild ging es zunächst einmal darum, mit Feinddiffamierungen den rechten Kampfesorn zu entfachen. Fraglich bleibt nur, ob, was im altgriechischen Kampfgetümmel für den Männerstreit mit blanker Waffe gut war, auch geeignet ist, um heute im Kampf um Wählerstimmen zu obsiegen. Sowohl Brandts assoziativ vieldeutiges Reizwort vom Sicherheitsrisiko, das ein Sieg der Opposition mit sich bringen würde, als auch Straußens hochstilisiertes Sozialismus-Schreckbild und seine brachialgewaltige Aufforderung, „dem aufs Maul zu hauen“, konnten bestenfalls auf die eigene parteitreue Gefolgschaft gewinnend wirken. Die wachsende Zahl jener fluktuierenden Wähler, die heute einen Wahlausgang zu entscheiden pflegen, dürften mit solchen Tiraden eher auf Distanz geschickt worden sein.

Aber das Feindbild, vor allem das besonders böse Feindbild,

hat schon immer in der Weltgeschichte eine wichtige Funktion erfüllt, nämlich die Aufgabe, die innere Einigung der kämpfenden Parteien zu sichern. Nichts kittet mehr als der gemeinsame Feind und Störenfried. Selbst höchste, gemeinsam proklamierte Ideale werden nur so lange ausreichend verbinden, als es einen ihrer Verwirklichung im Wege stehenden tatsächlichen oder vermeintlichen Feind zu bekämpfen gilt. Fehlt ein gemeinsamer Feind oder ist er erst einmal liquidiert, dann gerät man sich im eigenen Lager allzu schnell bruderkriegsmäßig in die Haare und entdeckt gar, daß man im Grunde gar nicht die gleichen Ziele verfolgt.

Bei der SPD hat die Diffamierung des Feindes ihre Wirkung getan. Trotz Weiterbestehens der alten innerparteilichen Gegensätze gelang es in Mannheim, eine solidarische Kampfgemeinschaft herzustellen. Anders bei der weniger in Solidarität geübten CDU/CSU, in der persönliches Gezänk nicht so schnell vom bösen Gewissen gestoppt wird. Dieses Oppositionsduo, das neidvoll den Solidarisierungserfolg beim Gegner beobachten mußte, konnte nur dankbar Brandts Giftpfeil auffangen; bot er doch die willkommene Gelegenheit, sich über Unsachlichkeit und mangelnde Fairneß des Gegners zu empören und nun in den gleichen zweifelhaften Stil zu verfallen, um so Öl auf die Wogen der eigenen Zwistigkeiten gießen zu können.

Was aber soll der vielzitierte „mündige Bürger“ sagen, wenn er sich auf diese Weise wieder einmal als Unmündiger behandelt sieht? Er ist des Selbstlobs und der gegenseitigen Beschimpfung seitens seines politischen Establishments längst müde geworden. Ihm würde selbstkritische Bescheidenheit überzeugender klingen, ist ihm doch längst der Verdacht gekommen, daß bei der Kompliziertheit der modernen Welt auch die bestmögliche Führung, die ein Höchstmaß an Intelli-

genz, Bildung und Erfahrung in sich vereinen und über optimale Informationsquellen verfügen würde, heute nur noch in der Lage wäre, die Ablaufs- und Wandlungsprozesse in unserem Gesellschaftsleben ungefähr – und das meist auch nur in Teilbereichen – zu überblicken, daß also weder Regierung noch Opposition mit völliger Gewißheit voraussagen können, was für die nächsten Jahre notwendig und was möglich ist.

Ein dementsprechendes Bekenntnis zu eigenen Irrtums- und Fehlermöglichkeiten würde eine politische Führung weniger belasten als entlasten. Mit ihm könnte deutlicher als bisher gemacht werden, wie sehr unser aller Lage von Faktoren mitbestimmt wird, die wir bis zu einem gewissen Grade als Schicksal hinzunehmen haben, und daß daher das Sündenbock-Suchspiel zwischen Regierung und Opposition häufig nur Kraftvergeudung ist; daß es aber bei der Ungewißheit der Zukunft um so notwendiger wird, bei politischen Entscheidungen nicht immer von den günstigsten Annahmen auszugehen, sondern dem mündigen Bürger vorsorglich etwas zuzumuten.

Der Mut, das als notwendig Erkannte offen zu vertreten, ohne dabei den Allwissenden zu spielen, eine solche neue Nüchternheit bei Regierung und Opposition könnte uns von unserer Gefälligkeitsdemokratie gesunden lassen. Denn mit dem Vorbild einer solchen Nüchternheit würde sich die Zahl der mündigen Staats- und Wirtschaftsbürger vermehren, auf die unsere Demokratie bei den zu erwartenden Belastungsproben mehr denn je angewiesen sein wird. Die „neue soziale Frage“ liegt nicht darin, wie man bei der CDU/CSU entdeckt zu haben glaubt, daß es noch Gruppen gibt, die ihre Interessen ungenügend vertreten sehen, sondern darin, daß unser aller Interessen mit den Existenzbedingungen unserer Gesellschaft einer mehr als ungewissen Zukunft entgegengehen.